



21. Wahlperiode

Fre 16/09

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 21/5190

16/09/26 Ba

Kleine Anfrage

Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anpassung der Trassenpreise im Schienenverkehr

Vorbemerkung:

Die Anpassung der Trassenpreise Schiene durch die Bundesnetzagentur im Sommer 2026 aufgrund der Entscheidung des EuGH bezüglich des Preisdeckels hat eine Verschiebung der Belastungen auf den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zur Folge. Von Mehrbelastungen in Höhe von insgesamt 400 Millionen Euro deutschlandweit ist die Rede. Damit stehen die Betreiber von Nah- und Regionalverkehrszügen, sowie die verantwortlichen Kommunen vor einem Finanzierungsproblem. Es drohen Angebotsrücknahmen, schlechtere Takte und sinkende Qualität.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen Folgen der Anpassung des Trassenpreises rechnet die Landesregierung für den SPNV in Hessen?
2. Wann werden diese Folgen spürbar sein?
3. Wird die Landesregierung die Finanzierungsvereinbarung mit den Verkehrsverbünden entsprechend der Mehrbelastungen aufstocken?
4. Wird die eigene Bundesregierung bestehend aus CDU und SPD die Regionalisierungsmittel entsprechend der Mehrbelastungen erhöhen?
5. Wie sieht ein nach Ansicht der Landesregierung angemessenes Trassenpreissystem mit dem Ziel des Ausbaus des SPNV aus?
6. Für welche Eckdaten der geplanten Überarbeitung der Systematik der Trassenpreise wird sich die Landesregierung gegenüber dem Bund einsetzen?
7. In welchen Gremien und Gesprächsrunden mit der BNetzA oder der Bundesregierung waren Vertreterinnen oder Vertreter der Landesregierung zugegen, in denen die Anpassung der Trassenpreise thematisiert wurde? (Bitte Datum und Anwesende nennen)
8. Wie hat sich die hessische Landesregierung darin jeweils positioniert, und welche eigenen schriftlichen Initiativen wurden von ihr eingebracht?
9. Wie will sie vor diesem Hintergrund gewährleisten, dass die Ticketpreise nicht erhöht werden und gleichzeitig das existierende Angebot im SPNV bestehen bleibt?
10. Hält die Landesregierung angesichts dieser Entwicklung an ihrer bisherigen Position fest, keine zusätzlichen Landesmittel für die Finanzierung des Deutschlandtickets bereitzustellen?

Wiesbaden, den 16. September 2026

Katy Walther

Kaya Kinkel

Jürgen Frömmrich